

**Vollzug des Förderprogramms Elektromobilität;
Ausreichung der Fördermittel durch das Referat
für Gesundheit und Umwelt**



Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 05626



Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates

vom 16.03.2016

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

**1 Ausweitung der Fördermittelausreichung für das „Förderprogramm
Elektromobilität“**

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München hat in seiner Vollversammlung am 20.05.2015 das „Integrierte Handlungsprogramm zur Förderung der Elektromobilität in München (IHFEM 2015)“ beschlossen (Vorlagen Nr.: 14-20 / V 02722). Bestandteil des Handlungsprogramms ist – unter anderem – ein städtisches Programm zur Förderung von Elektrofahrzeugen und Ladeeinrichtungen („Förderprogramm Elektromobilität“).

Für das „Förderprogramm Elektromobilität“, dessen Richtlinien am 16.12.2015 von der Vollversammlung des Stadtrates beschlossen wurden (Vorlagen Nr.: 14-20 / V 04646), wurden für 2016 und 2017 jeweils 11,1 Mio. € (gesamt: 22,2 Mio. €) genehmigt. Davon entfallen – ebenfalls in 2016 und 2017 – je 10,5 Mio. € auf den E-Fahrzeugbereich bzw. je 600.000 € auf den Ladebereich.

In der Förderrichtlinie wurde festgelegt, dass Antragstellerinnen und Antragsteller pro Kalenderjahr Fördermittel für bis zu 20 Fahrzeuge sowie 6 Ladepunkte beantragen können. Ein einzelner Förderantrag kann sich daher auf maximal 119.000 € summieren (Tabelle 1):

Fördergegenstand	Max. Förderbetrag	Zusätzlicher Ökobonus	Zusätzlicher Abwrackbonus	Zwischensumme	Max. Anzahl förderfähiger Fahrzeuge/Ladepunkte	Gesamtsumme
E-Kfz	4.000 €	500 €	1.000 €	5.500 €	20	110.000 €
Ladepunkt	1.500 €	—	—	1.500 €	6	9.000 €
					Gesamt:	119.000 €

Tabelle 1:

Gemäß § 22 Nr.15 der Geschäftsordnung des Stadtrats der Landeshauptstadt München („Laufende Angelegenheiten“) kann eine Ausreichung von Fördermitteln ohne zusätzliche Befassung des Stadtrates nur bis zu einer Höhe von 10.000 € erfolgen. Da dies aber in der praktischen Umsetzung der Antragsbearbeitung und Auszahlung von Fördermitteln mit erheblichen Schwierigkeiten und zeitlichen Verzögerungen verbunden wäre, das Förderprogramm zudem am 01.04.2016 startet, wird im Rahmen eines Nachtrags zur Vollversammlung am 16.03.2016 eine Ausweitung der Fördermittelausreichung pro Antragsteller für das „Förderprogramm Elektromobilität“ bis zu einem Betrag von 119.000 € beantragt.

2 Ausweitung der Fördermittelausreichung für das „Förderprogramm Elektromobilität“

In der Sitzung des Umweltausschusses vom 01.12.2015 wurde von der SPD- und CSU-Fraktion ein gemeinsamer Änderungsantrag zur „Förderrichtlinie Elektromobilität“ gestellt (Antrag Nr. 14 – 20 / A 01575). Darin wurde gefordert, dass der Ersatz von Elektrofahrzeugen nicht förderfähig ist. Der Umweltausschuss hat diesem Antragspunkt, der von der Referentin übernommen wurde, mehrheitlich zugestimmt, der Antragspunkt wurde daraufhin in die Förderrichtlinie integriert und so am 16.12.2016 von der Vollversammlung beschlossen. Im Nachgang wurde allerdings festgestellt, dass der Änderungspunkt nicht – wie vorgesehen – unter Punkt 1.1 (5) der Richtlinie sondern unter Punkt 1.2 (3) eingefügt wurde. Dies spiegelt aber nicht den Willen des Stadtrates wider. Deshalb soll die Förderrichtlinie vor ihrem Inkrafttreten am 01.04.2016 dahingehend geändert werden, dass der Passus nun unter Punkt 1.1 (5) der Förderrichtlinie Elektromobilität (Gegenstand der Förderung) eingestellt wird.

Eine rechtzeitige Auflieferung der Vorlage war nicht mehr möglich. Um einem reibungslosen Beginn des Förderprogramms zum 01.04.2016 zu ermöglichen und um eine zeitgerechte Auszahlung der Mittel sicher zu stellen, muss diese Vorlage vom Stadtrat noch vor dem 1.4.2016 behandelt werden.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Korreferentin des Referates für Gesundheit und Umwelt, Frau Stadträtin Sabine Krieger, die zuständige Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Heide Rieke, sowie die Stadtkämmerei haben einen Abdruck der Vorlage erhalten.

II. Antrag der Referentin

1. Mit dem Vortrag der Referentin besteht Einverständnis.
2. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, im Vollzug des Förderprogramms Elektromobilität auftretende Fördersachverhalte bis zu einer Höhe von 119.000 € pro Antragsteller im Einzelfall in eigener Zuständigkeit zu entscheiden.
3. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, die „Förderrichtlinie Elektromobilität“ um einen Punkt 1.1 (5) „Nicht förderfähig ist der Ersatz von Elektrofahrzeugen“ zu ergänzen und den gleichlautenden Passus unter Punkt 1.2 (3) zu streichen.
4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.



III. Beschluss

nach Antrag.



Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Die Referentin

Ober-/Bürgermeister

Stephanie Jacobs
Berufsmäßige Stadträtin

- IV. Abdruck von I. mit III. (Beglaubigungen)
über den stenographischen Sitzungsdienst
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-S-SB

- V. Wv Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-S-SB
zur weiteren Veranlassung (Archivierung, Hinweis-Mail).